



Presseschau vom 11.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Mariupol: Katastrophenschutz Russlands und der Volksrepublik Donezk durchsucht die Trümmer (Video)

Nachdem die ukrainischen Streitkräfte Mariupol verlassen haben, werden in der Hafenstadt Wiederaufbau-Arbeiten durchgeführt. RT DE Korrespondentin Margo Zwerewa berichtet über die Räumungsarbeiten vor Ort. ...

<https://kurz.rt.com/30mf> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Geben wir dem Baby, was es will" – Lawrow zu den Sanktionen der Ukraine gegen ihn und Putin (Video)

Außenminister Sergei Lawrow wies am Freitag die vom ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij verhängten Sanktionen gegen russische Spitzenbeamte zurück. Nach einem Treffen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sagte Lawrow, die Sanktionen seien "keines konkreten Schrittes unsererseits würdig". ...

<https://kurz.rt.com/30mm> bzw. [hier](#)

Sergei Strokan: NATO-Norderweiterung: Türkei stemmt sich gegen euroatlantische Welt

Rund drei Wochen vor dem NATO-Gipfel in Madrid bleibt die Frage offen, ob der entscheidende Schritt zur Aufnahme Schwedens und Finnlands in die Allianz erfolgen wird. Der Grund dafür ist nach wie vor derselbe: die Einwände der Türkei, die von der gesamten euroatlantischen Welt weder überzeugt noch umgestimmt werden kann. ...

<https://kurz.rt.com/30kn> bzw. [hier](#)

Jewgeni Krutikow: Wie wird die strategische Niederlage der ukrainischen Streitkräfte im Donbass aussehen?

Letztes Wochenende häuften sich in den westlichen Medien Berichte, wonach die ukrainischen Streitkräfte in Sewerodonezk eine Gegenoffensive gestartet und der russischen Armee eine "entscheidende Niederlage" bereitet hätten. Was geht wirklich an diesem Frontabschnitt vor, warum ist man in Kiew gezwungen, solches Geflunker zu erfinden, und was wird passieren, wenn die ukrainischen Verteidigungslinien an dieser Stelle durchbrochen werden? ...

<https://kurz.rt.com/30kw> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Suizidale Ökonomie: Die EU erdrosselt die eigene Wirtschaft

Sechs Sanktionspakete der EU konnten den Krieg nicht beenden und Russland auch nicht zur Änderung seiner politischen Ziele bewegen. Also soll es ein siebtes Paket richten. Dabei wird mit jedem Tag klarer: der Schaden ist für die EU und für Deutschland deutlich höher als für Russland. ...

<https://kurz.rt.com/30jo> bzw. [hier](#)

Kirill Benediktow: Der gesperrte slawische Himmel – Ohne Diplomatie wird es keinen

Serbiens Nachbarn, die slawischen NATO-Mitglieder Nordmazedonien und Montenegro, sperrten den Himmel ihrer Staaten für den Flug des russischen Außenministers Sergei Lawrow nach Serbien und verhinderten so seinen Besuch. War in Brüssel und Washington die Angst davor so groß? ...

<https://kurz.rt.com/30j8> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Deutsche Medien im Kriegsmodus: Eine Fata Morgana der Ehrlichkeit – und ihr rasches Ende

Ich konnte am Freitagvormittag meinen Augen nicht trauen. Schwere Verluste der Ukraine als Meldung quer durch das Angebot. So viel Wahrhaftigkeit ist man nicht gewohnt. Aber kurz darauf hieß es wieder, die Russen "sterben wie die Fliegen". ...

<https://kurz.rt.com/30lp> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Wie die eskalierenden westlichen Vorwürfe gegen Russland das Ende der Ukraine befördern

Die Eskalationsspirale der Vorwürfe gegen Russland ist die größte Gefahr für die Existenz des ukrainischen Staates. Je globaler der Konflikt ausgetragen wird, desto mehr Chancen hat Russland, sich am Ende als Sicherheitsspende und Ordnungsmacht zu präsentieren. ...

<https://kurz.rt.com/30gv> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Darf Uwe Steimle noch im Kabarett auftreten? Neue Provinzposse in Halle an der Saale

Frei zu reden, wird in Deutschland immer schwieriger. Jeder, der noch die relativ offene Diskussionskultur der 90er Jahre in Erinnerung hat, kann über die sich immer stärker ausbreitende Unkultur des "Cancelns" und Verbietens, der Dauerempörung und öffentlichen Hetzjagden nur den Kopf schütteln. ...

<https://kurz.rt.com/30l8> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:00 de.rt.com: Ständiger Vertreter Russlands: Polen versucht, Russland aus der IAEO drängen

Der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) hätte am Vortag beinahe die Verlängerung des russischen Mandats bei dem Gremium blockiert, teilte der Ständige Vertreter Russlands bei der Organisation, Michail Uljanow, mit. Im Gespräch mit dem TV-Sender Rossija 24 am Freitag sagte er:

"Die westlichen Länder verhalten sich äußerst aggressiv. Gestern im Gouverneursrat waren sie nahe daran, die Frage aufzuwerfen, ob Russlands Mandat beim Gouverneursrat nicht verlängert werden sollte. Dabei werden wir bereits seit 60 Jahren automatisch in den Gouverneursrat wiedergewählt, weil Russland eines der am weitesten entwickelten Atomländer im Bereich der friedlichen Kernenergie ist."

Uljanow präzisierte, dass der Westen damit jedoch das Signal gesendet habe, dass eine solche Entwicklung in der Zukunft möglich sei. Die Initiative für den Ausschluss Russlands aus dem IAEO-Gouverneursrat sei von Polen ausgegangen, dessen Vertreterin den Sitzungssaal anschließend verlassen habe, gefolgt von ihrer ukrainischen Amtskollegin, fügte er hinzu. Der Diplomat fuhr fort:

"Unser Mandat wurde verlängert, und dann meldeten sich die EU, Großbritannien, Tschechien und noch jemand zu Wort. Ich habe das als einen Versuch gewertet, uns ein Drohsignal zu senden, dass sie sich aber nicht trauen, praktische Schritte zu unternehmen, obwohl sie mehr als die Hälfte der Stimmen im Gouverneursrat haben."

Laut Uljanow könnte dabei die Autorität Russlands sowohl im Nuklearbereich als auch in Fragen der Nichtverbreitung von Atomwaffen eine entscheidende Rolle gespielt haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a36478b480cc5fd37a59ca.jpg>

Der Ständige Vertreter Russlands bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Michail Uljanow, bei einer Sitzung des Gouverneursrates am Hauptsitz der IAEO in Wien, 7. März 2022

19:03 de.rt.com: **Bundesbank ändert Prognose für 2022: Inflation verdoppelt sich, Wirtschaftswachstum halbiert sich**

Deutschlands Notenbank sagt für dieses Jahr Preissteigerungen von über sieben Prozent und ein deutlich schwächeres Wirtschaftswachstum voraus. Viele Branchen fordern einen Kostenausgleich – etwa die Krankenhäuser.

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank vom Freitag dürfte das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr nur noch 1,9 Prozent betragen. Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland würde sich damit zwar fortsetzen, jedoch deutlich gedämpfter als im vergangenen Dezember prognostiziert. Für die Folgejahre 2023 und 2024 erwarten die Bundesbank-Experten nunmehr einen verringerten Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,4 beziehungsweise nur noch 1,8 Prozent.

Zugleich betonen die Experten der Bundesbank, dass die "Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung vor allem wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine außergewöhnlich hoch" sei. Bei ihrem Szenario gehen sie nicht von einer weiteren Eskalation in der Ukraine aus. Die Bundesbank hat jedoch ein alternatives Risikoszenario berechnet, das einen Abbruch der Energielieferungen aus Russland enthält. In diesem Fall könnte die wirtschaftliche Aktivität im Jahr 2023 deutlich zurückgehen.

Positiv stimmt laut den Angaben, dass ab der zweiten Jahreshälfte 2022 die Maßnahmen aufgrund der Corona-Situation komplett entfallen können. Auch gehe man davon aus, dass die Preise für Energierohstoffe etwas sinken, die Lieferengpässe graduell nachlassen und die Auslandsnachfrage wieder zulegt. Jedoch führe die außergewöhnlich hohe Teuerung zur Verunsicherung von Verbrauchern und schwäche deren Kaufkraft. Weiter negativ ins Gewicht falle der Fakt, dass der Beschäftigungszuwachs nachlässt und die Arbeitslosigkeit auf recht hohem Niveau verharrt.

Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate dürfte gemäß den Bundesbank-Projektionen im Jahresdurchschnitt 2022 auf 7,1 Prozent zulegen.

Bundesbankpräsident Joachim Nagel sagte zu den Vorausschätzungen seiner Institution: "Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr noch stärker steigen als Anfang der 1980er Jahre. Der Preisdruck hat sich zuletzt sogar noch mal verstärkt, was die jetzt vorgelegten Projektionen nicht vollständig abbilden. [...] Wenn man diese Entwicklung fortschreibt, könnte die HVPI-Rate im Jahresdurchschnitt 2022 deutlich mehr als 7 Prozent betragen."

Nach Einschätzung der Bundesbank entsteht die starke Geldentwertung vor allem durch den rasanten Anstieg der Preise für Energie- und Nahrungsmittel. Aber auch die Teuerungsrate ohne Energie und Nahrungsmittel dürfte mit etwa 3,6 Prozent weit überdurchschnittlich ausfallen. Neben stark verteuerten Rohstoffen wirkten hier vor allem Lieferengpässe preistreibend. Finanzexperten wie Florian Homm, Dirk Müller oder Markus Krall sehen den Hauptgrund für die Inflation, die sich zur Stagflation ausweiten kann, vor allem in den jahrzehntelangen Gelddrucken der EZB. Dies führe zu höheren Schulden des Bundes und damit letztendlich zu immer höheren Steuern und Belastungen für die Verbraucher, Arbeitnehmer und Selbstständige.

19:45 de.rt.com: **Washington: Russlands Exporteinnahmen sind nach Sanktionen gestiegen**

Der US-Berater für globale Energiesicherheit hat bei einer Anhörung vor einem US-Senatsunterausschuss eingeräumt, dass Russland aufgrund der westlichen Sanktionen mehr an seinen Exporten verdient. Grund scheint der durch die Beschränkungen entstandene Preisanstieg zu sein.

Russland verdient heute mehr Geld mit dem Export fossiler Brennstoffe als vor dem Beginn seiner Militäroperation in der Ukraine, welche die westlichen Staaten dazu veranlasste, Moskau mit einer Vielzahl von Sanktionen zu belegen. Dies erklärte der leitende US-Berater für globale Energiesicherheit Amos Hochstein am Donnerstag vor US-Senatoren.

Die weltweiten Energiepreise, die bereits im Februar vor der russischen Offensive gestiegen waren, wurden durch die Embargos weiter in die Höhe getrieben und haben Moskau dabei geholfen, die Auswirkungen der Beschränkungen zu mildern, räumte der US-Vertreter ein. Hochstein war zuvor als US-Beauftragter für Energiesicherheit tätig.

Während einer Anhörung vor dem Senatsunterausschuss für Europa und regionale Sicherheitskooperation antwortete Hochstein auf die Frage, ob Moskau mehr Geld aus seinem Öl- und Gashandel erhalte als noch vor einigen Monaten:

"Das kann ich nicht leugnen."

Die USA haben Anfang März im Rahmen von Sanktionen alle Einfuhren von Rohöl, mehreren Erdölprodukten, Flüssigerdgas und Kohle aus Russland eingeschränkt. Am Mittwoch erklärte der Sprecher der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin jedoch, dass sich die Öllieferungen aus Russland in die USA im März im Vergleich zum Februar fast verdoppelt hätten.

Die EU, die lange Zeit zögerte, Beschränkungen über Öleinfuhren aus Russland zu verhängen und stattdessen den Finanz- und Bankensektor mit Sanktionen belegte, beschloss Ende Mai, ein Verbot für russisches Öl einzuführen. Brüssel beschloss, 75 Prozent der Importe sofort und 90 Prozent bis zum Ende des Jahres zu stoppen. Ungarn und mehreren anderen Ländern wurde jedoch eine Ausnahmeregelung gewährt, da ihre Volkswirtschaften ohne Lieferungen aus Russland nicht zurechtkommen würden.

Medienberichten zufolge haben sich die Sanktionen bisher kaum auf Moskaus Handel mit Energieressourcen ausgewirkt. Im April berichtete das Wall Street Journal, dass die Öllieferungen aus Russland allein in diesem Monat um 300.000 Barrel pro Tag zugenommen hätten.

Mitte Mai behauptete Bloomberg, dass die Öleinnahmen Moskaus trotz der Sanktionen in die Höhe geschossen und seit Anfang 2022 um etwa 50 Prozent gestiegen seien. Moskau konnte in der asiatisch-pazifischen Region neue Kunden für den Kauf von Rohöl aus Russland gewinnen.

Ein Beispiel ist Indien, wo die russischen Ölexporte laut Reuters im Mai um das 25-Fache gestiegen sind. Unterdessen sind die Sanktionen für die USA und ihre Verbündeten offenbar nach hinten losgegangen. US-Präsident Joe Biden rief Anfang der Woche den Energienotstand aus und erklärte, dass die Fähigkeit des Landes, ausreichend Strom zu produzieren, bedroht

sei.

Am vergangenen Wochenende meldete der US-amerikanische Automobilverein, dass sich die Benzinpreise in den USA unter Biden verdoppelt und mit 4,81 US-Dollar pro Gallone am vergangenen Samstag einen neuen Höchststand erreicht hätten. Am 1. Juni warnte die Internationale Energieagentur, dass die EU-Mitglieder, die ebenfalls mit steigenden Benzinpreisen konfrontiert sind, angesichts einer noch nie dagewesenen Energiekrise zu Kraftstoffrationierungen greifen könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a31016b480cc7a0666a621.jpg>

Der leitende US-Berater für globale Energiesicherheit Amos Hochstein

20:00 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte feuern zehn Raketen auf Stadt Gorlowka ab**

Am Abend des heutigen Freitags haben ukrainische Streitkräfte zehn Projektile eines Raketenwerfers vom Typ [BM-21](#) auf die Stadt Gorlowka in der Donezker Volksrepublik abgefeuert. Weitere zehn Raketen wurden auf die Ortschaft Jelenowka im Bezirk Wolnowacha abgefeuert. Dies gab die Vertretung des Gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination in der Republik via Telegram bekannt.

Nach Angaben des Stabs für die Territorialverteidigung der DVR wurden durch den Beschuss in Gorlowka vier Personen getötet sowie neun weitere verwundet.

21:11 (20:11) [novorosinform.org](#): **US-Politikerin nannte die Ukraine eine Marionette im Kampf gegen Russland**

Die Ukraine sei Washingtons Marionette im Kampf gegen die Russische Föderation, sagte die ehemalige Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard.

Ein vom US-Kongress eilig genehmigtes Militärhilfepaket in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar für Kiew zeige, dass die Vereinigten Staaten keinen kalten, sondern bereits einen ziemlich „heißen“ Krieg mit Russland führten, sagte Gabbard in Fox News, berichtet RIA Novosti.

Die Ukraine sei in dieser Konfrontation nur eine Marionette. Gleichzeitig denke die US-Führung nicht über die Folgen ihres Handelns nach und darüber, warum es überhaupt notwendig sei, mit Russland zu kämpfen, fügte die Politikerin hinzu.

Die US-Behörden kümmerten sich nicht um die Amerikaner, sie versuchten nicht, das Problem der steigenden Benzinpreise, der sich verschlimmernden Inflation und der steigenden Kriminalität im Land zu lösen. Sie seien besorgter über die Ereignisse in der Ukraine, resümierte Gabbard.



https://novorosinform.org/content/images/64/67/46467_720x405.jpg

21:28 (20:28) novorosinform.org: **Der stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation Sergej Werschinin besprach mit den Botschaftern der DVR und der LVR in Russland Fragen der Hilfeleistung für die Republiken**

Am 10. Juni traf sich der stellvertretende russische Außenminister Sergej Werschinin mit der außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafterin der DVR in der Russischen Föderation Olga Makejewa und dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der LVR in der Russischen Föderation Rodion Miroshnik.

Fragen der Unterstützung der Republiken durch internationale Organisationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz waren Gegenstand der Diskussion. Die Parteien betonten, dass es notwendig sei, das Leid der Zivilbevölkerung durch den chaotischen Beschuss der Streitkräfte der Ukraine zu verhindern.

„Es wurde festgestellt, dass die Hauptaufgabe derzeit darin besteht, Bedingungen zu schaffen, um ein normales Leben für Zivilisten in den Republiken zu gewährleisten“, teilte das Ministerium mit.



https://novorosinform.org/content/images/64/68/46468_720x405.jpg

20:30 de.rt.com: **Lukaschenko: Moskau und Minsk haben sieben Routen für Getreideausfuhr vorgeschlagen**

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hat im Hinblick auf die gegenwärtige Ernährungskrise mitgeteilt, dass Moskau und Minsk insgesamt sieben Routen für die Ausfuhr

von Getreide aus der Ukraine vorgeschlagen hätten, doch niemand darauf eingegangen sei. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert den Präsidenten unter Verweis auf seinen Pressedienst wie folgt:

"Wir haben bereits sieben Routen für den Getreideexport vorgeschlagen, mögen sie es nur ausfahren. Mehr als ein Monat ist vergangen, doch bislang hat es niemand abtransportiert." Die vorgeschlagenen Routen führten unter anderem durch die russisch kontrollierten Häfen von Mariupol und Berdjansk am Asowschen Meer, so Lukaschenko. Seiner Meinung nach werde die Ernährungskrise allerdings nicht lösungsorientiert angegangen, sondern lediglich zulasten Russlands und Weißrusslands instrumentalisiert:

"Alle sagen: Hunger und so weiter, das ist das Wichtigste. Das ist nicht das Wichtigste. Die Weltbevölkerung hat die Hetze gegen Russland satt. Sie zeigt schon eine entgegengesetzte Wirkung. Man braucht etwas Neues, und dann kommt das Getreide. Wer ist schuld?

Lukaschenko und Putin, wie sich herausstellt. Als ich das hörte, bin ich fast wahnsinnig geworden. Bin ich daran schuld, dass die Ukraine das Getreide nicht ausführen kann?"

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin verkündet, dass Russland die Ukraine nicht an der Getreideausfuhr hindere. Wenn Kiew die ukrainischen Häfen entmine, könnten die Schiffe ungehindert passieren. Als alternative Route schlug er unter anderem einen Export über Weißrussland vor, allerdings nur im Gegenzug für eine Aufhebung der Sanktionen. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij lehnte jedoch die Möglichkeit einer Getreideausfuhr über Weißrussland ab.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a3681db480cc4cac113108.jpg>
g

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko, Aufnahme vom 23. Mai

20:40 de.rt.com: **Orbán: Embargo für russische Gasimporte wird Wirtschaft Europas zerstören**

Viktor Orbán sagt, ein Embargo für russisches Gas nach Europa würde die EU-Wirtschaft zerstören. Er rief dazu auf, den Schwerpunkt auf eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine zu legen und nicht auf Sanktionen, da diese keine Wirkung auf Russland hätten. Die Verhängung eines Embargos für russische Gasimporte würde die europäische Wirtschaft ruinieren. Dies sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Interview mit Kossuth Radio.

Er betonte, dass er diese These in Brüssel während der Debatte über die antirussischen Sanktionen verteidigen werde. Der Schwerpunkt liege auf einer friedlichen Lösung und nicht auf einer Verschärfung der Sanktionen, die keine spürbaren Auswirkungen auf Russland hätten, so der Premierminister Ungarns. Russland ist mit einem Anteil von 40 Prozent der

größte Gaslieferant der EU.

Seit Beginn der russischen Operation in der Ukraine verhängte die EU bereits mehrere Sanktionspakete gegen Moskau. Im jüngsten, dem sechsten Paket, verhängte die EU ein Embargo für die Einfuhr von russischem Öl und Ölprodukten. Das Embargo hatte jedoch keine Auswirkungen auf die Lieferung von Gas und russischem Rohöl über die Druschba-Pipeline. Ungarn schaffte es, die Verpflichtung zur Einhaltung des europäischen Embargos für russisches Öl loszuwerden, aber die Erleichterung wird nur vorübergehend sein, so Orbán. Die EU verpflichtete die ausgenommenen Länder, andere Energielieferanten zu finden. Gleichzeitig erwägt die EU einen Stufenplan zum schrittweisen Ausstieg aus russischen Energieträgern, einschließlich Gas, der Mitte Mai von der Chefin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen vorgestellt wurde. Dazu gehören Energieeinsparungen durch die Verbraucher, die Ersetzung russischer Lieferungen durch Gas von anderen zuverlässigen Lieferanten und die Beschleunigung des Übergangs zu sauberen erneuerbaren Energien. Im letzteren Fall schlägt die EU-Kommission vor, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergiemix von 40 auf 45 Prozent zu erhöhen.

Zudem wies von der Leyen darauf hin, dass die Europäische Union bereits Maßnahmen ergriffen habe, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern und dessen Anteil an den Importen von 40 Prozent im Jahr 2021 auf 26 Prozent im Jahr 2022 zu senken.

Ungarn importiert 85 Prozent seines Gases aus Russland, das über die Türkei, Bulgarien und Serbien ins Land gelangt. Zuvor hatte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó vor der möglichen Zerstörung der nationalen Wirtschaft gewarnt, wenn Ungarn auf russisches Gas verzichte. Orbán warnte seinerseits vor übereilten Sanktionen gegen Russland und verglich diese mit einer Atombombe.

Russland reagierte auf die europäischen Sanktionen, indem es unfreundliche Länder (alle EU-Länder, die USA, das Vereinigte Königreich und andere) dazu verpflichtete, das Gas in Rubel zu bezahlen. Dazu müssen sie Konten bei der Gazprombank eröffnen. Die Zahlungen erfolgen in Euro, und die Bank rechnet die Währung in Rubel um.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a33e61b480cc4d8738bdc0.jpg>

20:52 de.rt.com: **Atomstreit spitzt sich zu: Iran stellt Dutzende Kameras zur Überwachung seiner Nuklearanlagen ab**

Iran gab die Abschaltung von 27 IAEO-Kameras zur Überwachung seiner Nuklearanlagen bekannt und kündigte den Betrieb neuer Zentrifugen zur Urananreicherung an. Nur Tage zuvor hatte der IAEO-Gouverneursrat Teheran in einer Resolution mangelnde Kooperation vorgeworfen.

Iran gab am Freitag die Abschaltung von 27 Kameras der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zur Überwachung seiner Nuklearanlagen bekannt. Teheran kündigte zudem den Betrieb neuer Zentrifugen zur Urananreicherung an. Die Schritte erfolgten wenige Tage, nachdem der Gouverneursrat der IAEO Iran in einer Resolution mangelnde Kooperation vorgeworfen hatte. Das Außenministerium in Teheran bezeichnete die Resolution

am Donnerstag als "hastig" und "unausgeglichen". Von den 35 Staaten in dem Gremium stimmten Russland und China dagegen, während sich Indien, Pakistan und Libyen enthielten. Der russische Chefunterhändler in Wien Michail Uljanow erklärte, dass "Länder, die mehr als die Hälfte der Menschheit repräsentieren, die Resolution nicht unterstützen".

Der Chef der IAEO Rafael Grossi wertete den von Iran angekündigten Abbau von 27 Überwachungskameras seiner Behörde als "fatalen Schlag" gegen die Bemühungen, das Abkommen von 2015 wiederzubeleben. Am Mittwoch hatte Iran bereits erklärt, zwei Überwachungskameras abgeschaltet zu haben, deren Betrieb über die Verpflichtungen Irans im Rahmen des Sicherheitsabkommens der IAEO hinausging.

Der Leiter der Iranischen Atomenergieorganisation (AEOI) Mohammad Eslami [erklärte](#), dass die Reaktion Irans auf jüngste IAEO-Resolution schnell und entschlossen gewesen sei. Er teilte mit, dass Teheran "praktische Gegenmaßnahmen ergriff, darunter die Installation fortschrittlicher Zentrifugen und die Abbau von Kameras, die außerhalb Sicherheitsabkommens der IAEO betrieben werden".

Die Installation der hochmodernen IR-6-Zentrifugen entspricht grundsätzlich den Regeln der IAEO, wenn sie angemeldet wird. Allerdings hatte Iran sich im JCPOA verpflichtet, ausschließlich ältere, leistungsschwächere IR-1-Zentrifugen zu verwenden. Eslami erklärte bezüglich der jüngsten IAEO-Resolution gegen Teheran, die UN-Atombehörde sei vom "israelischen Regime" als Geisel genommen worden. "Es ist bedauerlich, dass eine internationale Institution von einem illegitimen Regime ausgenutzt wurde und ihr Ruf in Frage gestellt wurde", fügte er hinzu.

Grossi [besuchte](#) kürzlich Israel. Bei seinem Besuch habe der israelische Außenminister Naftali Bennett die Bedenken Israels zum Ausdruck gebracht, wonach sich Iran "Atomwaffen" nähere. Das Treffen sorgte für Aufregung in Teheran. Denn Israel unterschrieb den [Vertrag](#) über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht und ist damit auch nicht den regelmäßigen Untersuchungen durch die IAEO unterworfen. Israel führt Berichten zufolge eine umfangreiche Erweiterung seiner Atomanlage Dimona in der Wüste Negev durch, wo das Land bislang das spaltbare Material für sein Atomwaffenarsenal herstellte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a33436b480cc78ef099c5d.jpg>

Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Rafael Grossi präsentiert am 17. Dezember 2021 am Hauptsitz der Agentur in Wien eine Überwachungskamera.

21:08 de.rt.com: **Russlands Behörden sprechen von "Übernahme der Ukraine" durch Polen**

Laut dem russischen Auslandsnachrichtendienst baut Polen ein Back-up-Rechenzentrum der ukrainischen staatlichen Steuerbehörde auf seinem eigenem Territorium. Damit bekämen Polen und die USA die Kontrolle über die finanzielle Situation in der Ukraine.

Polen beginnt mit der aktiven Erschließung des ukrainischen Territoriums, sagte Sergei Lawrow bei einem Presseauftritt in der armenischen Hauptstadt Jerewan. "Bisher sehen wir,

dass hinter dem Gerede über die Unzulässigkeit eines Dialogs mit Russland die polnischen Kollegen beginnen, das ukrainische Territorium aktiv zu erschließen", sagte er.

Mit diesen Worten kommentierte der Außenminister die neueste Erklärung der Pressestelle des russischen Auslandsnachrichtendienstes (SWR) und andere Berichte über die polnischen Aktivitäten in der Ukraine. "Nach Angaben des SWR-Direktors [Sergei] Naryschkin deuten Informationen, die dem russischen Auslandsgeheimdienst vorliegen, darauf hin, dass die Träume der polnischen Behörden von der Rückkehr der östlichen Kresy (Gebiete in der Ukraine, die früher zu Polen gehörten – Anm. der Red.) in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden", heißt es in der von RIA Nowosti zitierten Erklärung.

"Kiew gewährt dem polnisch-amerikanischen Tandem bewusst Zugang zu Informationen von nationaler Bedeutung, einschließlich Informationen über die Steuerzahler und damit über die tatsächliche finanzielle Situation der Ukraine. In der Geschäftswelt könnte ein solcher 'Deal' als Fusion und Übernahme eingestuft werden", heißt es in dem Bericht.

Da der Staat kein privates Unternehmen sei, stimme die Kiewer Junta damit der Annexion der Ukraine durch Polen zu, fügte Naryschkin hinzu und nannte weitere Details der polnischen "Übernahme" der Ukraine wie etwa die Installation eines Back-up-Rechenzentrums der staatlichen Steuerbehörde der Ukraine (STSU) auf polnischem Territorium. Es sei auch vorgesehen, dass Vertreter von US-Digitalgiganten methodische sowie Unterstützung für den laufenden Betrieb leisten.

Im Mai hatte eine ukrainische Gesetzesinitiative für Aufsehen gesorgt, wonach polnischen Bürgern ein Sonderstatus gewährt werden soll. Berichten ukrainischer Medien zufolge könnten polnische Bürger in der Ukraine künftig Ämter in der Verwaltung, in Unternehmen der Verteidigungsindustrie und Sicherheitsorganen übernehmen. Auch Patrouillen der polnischen Polizei in der Ukraine seien möglich. Die Staatschefs beider Länder sprachen von einer historischen Chance, die Ukrainer und Polen als "verwandte Völker" auf ein gemeinsames Leben haben.

"Zwischen uns soll es keine Grenzen geben. (...) Ich wünsche mir, dass die Brüderlichkeit zwischen Ukrainern und Polen für immer bleibt. Auch sollen die Würde und Einigkeit der Ukrainer und Polen eine konstante Größe werden, die niemand erschüttern kann", sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a35bf1b480cc4d8738bdda.jpg>

Eine Infotafel auf der polnischen Seite der polnisch-ukrainischen Grenze informiert ukrainische Flüchtlinge Anfang März über die polnische humanitäre Hilfe.

22:10 (21:10) novorosinform.org: **Puschilin hat eine Frau ausgezeichnet, die in Wolnowacha einen Panzersoldaten vor den Streitkräften der Ukraine versteckte**
In Donezk fand eine Auszeichnung von Zivilisten statt, die während des Spezialeinsatzes

mutige Taten vollbracht haben. Die Auszeichnungen wurden vom Oberhaupt der DPVR Denis Pushilin überreicht.

Die Medaille „Für Mut“ wurde drei Einwohnern der Republik verliehen. Unter ihnen ist Swetlana Schtscherbina aus Wolnowache, wie Pressedienst der Verwaltung des Staatschefs der DVR berichtet.

Als die Stadt noch von den Streitkräften der Ukraine besetzt war, hatte sie keine Angst davor, einen DVR-Kämpfer in ihrem Haus zu verstecken. Der Panzer von Jewgeni Donschenko wurde vom Feind getroffen, er war der einzige, der von der Besatzung überlebte, und erlitt durch den Granateinschlag einen Schock. Die Frau versteckte den Soldaten in ihrem Haus, obwohl ukrainische Kämpfer in der Nähe stationiert waren. Nach der Befreiung von Wolnowacha erhielt Donschenko den Titel „Held der DVR“. Jetzt hat seine Retterin eine Auszeichnung bekommen.

Außerdem wurde die Medaille „Für Mut“ an den Mitarbeiter des Notfallministeriums Daniil Sidorenko verliehen, der nach Beschuss das Leben eines Kindes rettete. Ein weiterer Empfänger war der Schüler Arsen Popow, der dem Personal eines der Krankenhäuser half, verwundete Soldaten zu retten.



https://novorosinform.org/content/images/64/72/46472_720x405.jpg

21:23 de.rt.com: **Wladimir Putin: USA sollten Verantwortung für Wiederaufbau Afghanistans übernehmen**

Der turkmenische Präsident besuchte am Freitag seinen russischen Amtskollegen in Moskau. Dabei war auch Afghanistan Gegenstand der Gespräche. Putin brachte zum Ausdruck, dass die USA und ihre Verbündeten Verantwortung für den Wiederaufbau Afghanistans übernehmen sollten.

Russland und Turkmenistan haben die Wichtigkeit betont, Stabilität und Sicherheit in Afghanistan zu gewährleisten und Bedrohungen, einschließlich des Terrorismus, zu neutralisieren. Dies verkündete der russische Präsident Wladimir Putin nach den russisch-turkmenischen Gesprächen:

"Während des Meinungs austauschs über die Lage in Afghanistan stellten beide Seiten fest, wie wichtig es ist, Stabilität und Sicherheit in diesem Land zu gewährleisten, akute sozioökonomische Probleme zu lösen und die vom afghanischen Territorium ausgehenden Bedrohungen zu neutralisieren, in erster Linie natürlich im Zusammenhang mit dem Terrorismus."

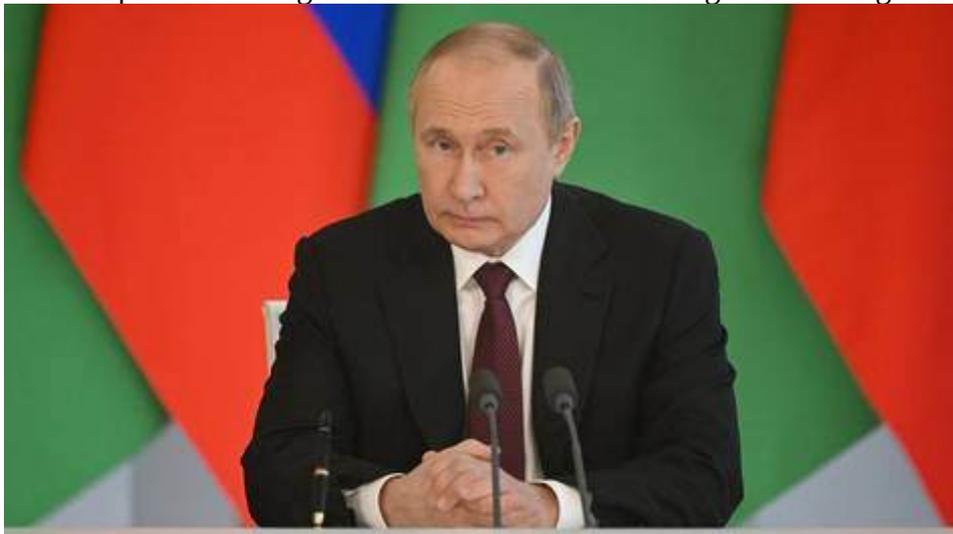
Im Anschluss an die Gespräche mit dem turkmenischen Staatschef Serdar Berdymuchamedow erklärte sein russischer Amtskollege, Russland sei bereit, mit ausländischen Partnern zusammenzuarbeiten. Wörtlich hieß es:

"Wir sind bereit, die gemeinsame Arbeit mit Turkmenistan und anderen Partnern, auch im Rahmen des Moskauer Formats Russland-Indien-Iran-USA-Nordkorea-Pakistan und der fünf zentralasiatischen Republiken, beim Wiederaufbau Afghanistans nach dem Konflikt fortzusetzen, um das Land in regionale Infrastruktur- und Logistikprojekte zu integrieren." Putin erklärte sich zudem bereit, die gemeinsame Arbeit am Wiederaufbau Afghanistans nach dem Konflikt fortzusetzen, um das Land in regionale Infrastruktur- und Logistikprojekte zu integrieren. Der russische Regierungschef betonte auch, dass die Hauptverpflichtungen für den Wiederaufbau Afghanistans, vor allem finanzieller Art, von den USA und ihren Verbündeten übernommen werden sollten:

"Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass die Hauptverpflichtungen für den Wiederaufbau Afghanistans, vor allem finanzieller Art, von den USA und ihren Verbündeten übernommen werden sollten, deren 20-jährige Präsenz das Land an eine kritische Grenze gebracht hat."

Die USA und ihre NATO-Verbündeten hatten bis Ende Oktober 2001 Bodenkontingente nach Afghanistan entsandt. Dies soll die Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 gewesen sein. Auf dem Höhepunkt der Militäroperationen im Jahr 2011 befanden sich mehr als 100.000 US-Soldaten und etwa 30.000 Militärangehörige aus NATO-Ländern in dem Land. Die Koalition verfolgte zwei Hauptziele: die Vernichtung oder Gefangennahme der Anführer der Terrorgruppe al-Qaida und den Sturz der Taliban. Die USA versprachen, den Afghanen bei der Bildung einer demokratischen Regierung zu helfen. Nun sind die Taliban an der Macht.

Fast zwei Jahrzehnte später, im Jahr 2020, erzielten die USA ein Friedensabkommen mit den Taliban, das den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan vorsieht, was jedoch verzögert wurde. Der neue US-Präsident Joe Biden versprach im April 2021, mit dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bis zum 1. Mai zu beginnen, woraufhin alle anderen NATO-Länder den Abzug ihrer Kontingente ankündigten. Infolgedessen zog die westliche Koalition bis zum Ende des Sommers aus dem Land ab, wobei der letzte US-Soldat am 31. August das afghanische Territorium verließ. Viele Experten behaupten, dass die USA statt Demokratie und Prosperität dem afghanischen Volk nur Verwüstung und Armut gebracht hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a3581c48fbef05dd7cf31a.jpg>

Wladimir Putin am 10. Juni

21:30 de.rt.com: **Scholz fordert Serbien zu Sanktionen gegen Russland auf**
Bundeskanzler Olaf Scholz hat Serbien dazu aufgefordert, sich den Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland anzuschließen und dabei auf den Status des Landes als EU-Beitrittskandidat verwiesen. Nach einem Gespräch mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić in Belgrad sagte er:

"Unsere Erwartung ist es, dass die Sanktionen auch von jenen Ländern, die sich im EU-Beitrittsprozess bewegen, umgesetzt werden."

Indessen erklärte Vučić, dass sein Land den russischen Militäreinsatz in der Ukraine in der UN-Generalversammlung verurteilt habe, zu den Sanktionen aber eine andere Haltung einnehme. So habe Serbien etwa die Gewährleistung seiner Energieversorgung zu berücksichtigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a37eca48fbef05dd7cf347.jpg>
Bundeskanzler Olaf Scholz und Serbiens Präsident Aleksandar Vučić in Belgrad am 10. Juni

21:47 de.rt.com: **Breakdance statt Tango – Lawrow über mangelnde Dialogbereitschaft der westlichen Länder mit Russland**

Russlands westliche Partner sind laut dem russischen Außenminister Sergei Lawrow nicht zu einem vollwertigen Dialog mit Moskau bereit. Er verglich gleichberechtigte diplomatische Beziehungen mit dem Tango, und die jetzige Situation mit einem Breakdance.

Moskau sei offen für einen Dialog, aber die westlichen Länder seien nicht bereit, mit Russland "Tango" zu tanzen. Vielmehr vollführten sie aktuell einen diplomatischen "Breakdance", so der russische Außenminister Sergei Lawrow. Diese Äußerungen tätigte der Topdiplomate auf einer Pressekonferenz in Jerewan, im Anschluss an eine Sitzung des Rates der OVKS-Außenminister. Lawrow erklärte:

"Wir sind nach wie vor offen für den Dialog. Aber wir müssen den Tango gemeinsam tanzen, während unsere westlichen Partner Breakdance tanzen – alleine."

Der russische Außenminister ging auch auf die Frage ein, was er von Aufforderungen halte, nicht mit Russland zu verhandeln. Diese waren vonseiten europäischer Staaten unter anderem an die Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs gerichtet worden. Lawrow antwortete mit den Worten:

"Ich habe andere Einschätzungen gehört, auch aus Paris und Berlin. Sowohl die frühere deutsche Bundeskanzlerin Merkel als auch der französische Präsident Macron äußerten ihre große Enttäuschung über das Vorgehen der Russophoben in der Europäischen Union, die die französischen und deutschen Initiativen zur Abhaltung eines EU-Gipfels mit Präsident Putin blockierten."

Er sagte, sie seien "doch vernünftige Politiker", weil sie die Notwendigkeit verstanden hätten, "einen Ausweg aus der Krise zu suchen, die sich über Jahre hinweg aufgebaut hat" und die laut Lawrow "durch die kategorische Weigerung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, noch verschärft wurde."

Der russische Außenminister hatte wiederholt erklärt, dass Russland bereit sei, die diplomatischen Kontakte mit den westlichen Ländern fortzusetzen. So sagte er dies im Rahmen des Sicherheitsdialogs sowohl am Vorabend der Einleitung der russischen

militärischen Sonderoperation in der Ukraine als auch an dem Tag, an dem der russische Präsident Wladimir Putin diese ankündigte. Am 24. Februar hatte Lawrow erklärt: "Während wir die vom Präsidenten angekündigten Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit des Landes und des russischen Volkes zu gewährleisten, werden wir sicherlich immer zu einem Dialog bereit sein, der uns zur Gerechtigkeit und zu den Prinzipien der UN-Charta zurückführt."

Ihm zufolge respektierten die "westlichen Partner" das Völkerrecht nicht, während Russland der Ansicht sei, dass sich die Beziehungen zwischen allen Ländern auf einer soliden, für beide Seiten vorteilhaften und respektvollen Basis entwickeln sollten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a3552448fbef07be388fd3.jpg>

22:20 de.rt.com: **Wegen Genozid: Moskauer Gerichte erlassen Haftbefehle gegen sechs ukrainische Militärangehörige**

Mehrere Gerichte in Moskau haben Haftbefehle gegen sechs Angehörige des ukrainischen Militärs ausgestellt, denen Genozid vorgeworfen wird. Eine Quelle in den Behörden erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur TASS:

"Ihnen allen wird in Abwesenheit Genozid vorgeworfen, das heißt Handlungen, die auf eine vollständige oder teilweise Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassistischen oder religiösen Gruppe als solche ausgerichtet sind."

Unter anderem sollen sich unter den Angeklagten der Befehlshaber des im Jahr 2014 gegründeten Freiwilligenbataillons "Kiewer Rus", Andrei Jantschenko, und der Kommandant der 57. Sonderbrigade der mechanisierten Infanterie, Anatolii Mischantschuk, befinden. Das Bezirksgericht des Moskauer Bezirks Basmanny bestätigte die Ausstellung der Haftbefehle gegenüber TASS.

22:35 de.rt.com: **Um Russland die Schuld zu geben: Ukrainisches Militär bereitet neue Provokation in Odessa vor**

Der Agentur RIA Nowosti zufolge bereitet das ukrainische Militär in Odessa eine neue Operation unter falscher Flagge vor. Der Leiter des russischen Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew, erklärte dazu:

"Die Führung der Militärverwaltung von Odessa bereitet zusammen mit den Spezialisten des 83. Zentrums für Informations- und psychologische Operationen der Ukrainischen Streitkräfte eine weitere zynische Provokation vor, um die russischen Streitkräfte zu beschuldigen, potenziell gefährliche Objekte anzugreifen, wodurch Hunderte von Zivilisten in Odessa zu Schaden kommen könnten", so der russische Militär.

Nach Angaben von Misinzew plane das ukrainische Militär, in einem dicht besiedelten Gebiet der Stadt, in der Nähe der regionalen Ambulanzstation, wo sich eine Begräbnisstätte für Pestopfer befindet, einen Luftabwehrkomplex oder eine entsprechende Attrappe zu errichten. Für den Fall, dass die russische Luftwaffe das Gebiet angreift, wolle die ukrainische Seite in den Medien Informationen über das Auftreten einer biologischen Gefahr in Odessa verbreiten, die angeblich von Moskau verursacht worden sei.

Misinzew fuhr fort:

"Das Hauptquartier für die Koordinierung der humanitären Hilfe der Russischen Föderation hat die internationale Gemeinschaft wiederholt vor der Vorbereitung solcher Provokationen durch ukrainische Nationalisten gewarnt, die mit der vollen Unterstützung der kriminellen Handlungen des Kiewer Regimes durch die Länder des sogenannten zivilisierten Westens bereits einen Massencharakter angenommen haben."

Der Generaloberst wies darauf hin, dass die russische Armee im Gegensatz zu den ukrainischen Streitkräften keine zivilen Infrastrukturen oder potenziell gefährlichen Einrichtungen angreife, deren Zerstörung Umweltschäden oder eine Katastrophe nach sich ziehen könnte, die das Leben und die Gesundheit der Zivilbevölkerung gefährde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a39cffb480cc1f386d8d35.jpg>

Trauerfeier für einen ukrainischen Soldaten in Odessa, 6. Juni 2022

vormittags:

7:01 de.rt.com: **Berater von Präsident Selenskij: Bisher etwa 10.000 ukrainische Soldaten seit Kriegsbeginn getötet**

Ungefähr 10.000 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sind nach Angaben eines Beraters von Präsident Wladimir Selenskij seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges am 24. Februar getötet worden. Alexei Arestowitsch nannte diese Zahl am Freitag in einem YouTube-Videointerview. Er teilte mit, dass zu Beginn des Krieges rund 100 ukrainische Militärangehörige pro Tag gestorben seien.

Arestowitsch appellierte an den Westen, viel schneller Waffen und Munition zu liefern. Die ukrainische Regierung sei zwar für die bisherige Hilfe sehr dankbar, ohne die man vermutlich bereits hinter den Fluss Dnepr zurückgedrängt worden wäre. Er verstehe aber die Langsamkeit bei den Lieferungen nicht. Die Ukraine brauche schnell mehr Artillerie-Feuerkraft.

Diese Woche hatte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow gesagt, dass aktuell täglich bis zu 100 ukrainische Soldaten getötet würden. Weder von der Ukraine noch von Russland gab es bisher erschöpfende Angaben zu den Verlusten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a4212d48fbef075d77baff.jpg>
Beerdigung eines gefallenen ukrainischen Soldaten am 3. Juni 2022 in der westukrainischen Stadt Lytschakow bei Lwow

8:18 (7:18) novorosinform.org: **In Serbien wurde ein hochrangiger SBU-Beamter festgenommen, in Kiew fürchtet man, dass Informationen nach Russland durchsickern könnten**

In Serbien wurde der ehemalige Leiter der Hauptverwaltung für Innere Sicherheit des SBU Andrej Naumow festgenommen. Ihm drohen 12 Jahre Gefängnis, weil er versucht hat, etwa 600.000 Euro in bar, Smaragde, Diamanten und eine große Menge nicht deklarerter US-Dollar illegal einzuführen, schreibt der Telegram-Kanal „Legitimny“.

Laut den Autoren des Kanals könnte der hochrangige SBU-Offizier viele interessante Informationen nach Russland durchsickern lassen, mit dem die serbischen Behörden eng zusammenarbeiteten. Für Kiew sei das sehr beängstigend.

„Diese Person hat viele Insider-Informationen ... Um einer Bestrafung zu entgehen, könnte er viele, viele Dinge preisgeben“, heißt es in der Veröffentlichung.



https://novorosinform.org/content/images/64/77/46477_720x405.jpg

7:30 de.rt.com: **Russland verlässt Welttourismusorganisation**

Russland ist aus der Welttourismusorganisation (UNWTO) ausgetreten. Am Freitag unterzeichnete Russlands Regierungschef Michail Mischustin das entsprechende Dokument und unterstützte somit den Vorschlag des Außenministeriums. Die Anordnung wurde auf der Website für Rechtsinformationen veröffentlicht.

Die Leiterin der russischen Tourismusbehörde (Rosturism), Sarina Dogusowa, teilte mit, dass

das Land trotz dieser Entscheidung "in der internationalen touristischen Arena" bleibe und weiterhin dialogbereit sei. Die Kooperation mit ausländischen Partnern gehe weiter. Die UNWTO hatte Russlands Mitgliedschaft bereits am 27. April im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg suspendiert. Dabei handelte es sich allerdings um keinen endgültigen Ausschluss aus der UN-Sonderorganisation. Moskau bemängelte aber eine Politisierung der Organisation und kündigte den Rückzug an.

Der UNWTO mit Sitz in Madrid gehören mehr als 150 Staaten an. Das erklärte Ziel der Organisation ist es, einen verantwortlichen, nachhaltigen und allgemein zugänglichen Tourismus zu entwickeln. Dabei soll besonderes Augenmerk auf die Interessen von Entwicklungsländern gelegt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a42850b480cc1dfa1c8f26.jpg>

8:38 (7:38) novorosinform.org: „**Es sieht so aus, als würde Putin in den USA regieren**“: **Russlands stellvertretender UN-Botschafter reagierte auf Bidens Worte zu „Putins Steuer“**

Die Äußerung von US-Präsident Joe Biden zur „Putin-Steuer“ auf Lebensmittel und Treibstoff könnte darauf hindeuten, dass der russische Präsident in Amerika regiert. So kommentierte Dmitri Poljanskij, stellvertretender Botschafter Russlands bei den Vereinten Nationen, Bidens Worte.

„Wladimir Putin scheint auch die USA zu regieren, da er Steuern auf Lebensmittel und Benzin erheben kann“, sagte er.

Poljanskij fügte hinzu, Bidens seltsame Aussage sei ein Versuch, die Schuld für die Situation in den Vereinigten Staaten auf Russland zu schieben und sich seinen Pflichten als Präsident zu entziehen.



https://novorosinform.org/content/images/64/78/46478_720x405.jpg

8:03 de.rt.com: **US-Verteidigungsminister Austin: Auswirkungen des Ukraine-Kriegs reichen bis in den Indopazifik**

Nach Ansicht des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin wirkt sich der Ukraine-Krieg bis in den Indopazifik aus. In seiner Rede beim Shangri-La-Dialog in Singapur hat der pensionierte US-General darauf aufmerksam gemacht, dass "Länder aus der gesamten Region schnell humanitäre Hilfe für die leidenden Menschen in der Ukraine auf den Weg gebracht" hätten. Insbesondere hob er "lebenswichtige Beiträge aus Singapur, Thailand, Indien und Vietnam" hervor.

Austin erklärte ferner, Russlands Invasion in die Ukraine zeige, was passiere, "wenn Unterdrücker die Regeln, die uns alle schützen, mit Füßen treten" und "wenn Großmächte entscheiden, dass ihre imperialen Begierden wichtiger sind als die Rechte ihrer friedlichen Nachbarn". Um einer künftigen "Welt des Chaos und der Unruhe" zu entgehen, müsse die internationale Gemeinschaft zusammenkommen.

Die Sicherheitskonferenz für den Asien-Pazifik-Raum, der Shangri-La-Dialog in Singapur, ist nach dem gleichnamigen Luxushotel benannt, in dem sie stattfindet. Sie tagt von Freitag bis Sonntag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a42c6eb480cc1f386d8d4d.jpg>

8:11 de.rt.com: **Zu viel Kultur? Naturfreunde üben sich in "Cancel Culture" – Linker Liedersommer findet aber statt**

Die Praxis, längst zugesagte Räume, Auftritte und Veranstaltungen kurzfristig abzusagen, greift seit Jahren um sich. Mal werden Gründe genannt, mal nicht. Oft gehen die Absagen von öffentlichen Stellen aus. Nun haben wohl auch die "Naturfreunde" daran Gefallen gefunden. Die positive Nachricht vorweg: Der "Linke Liedersommer" findet statt, von heute an – und bis zum Sonntag, dazu in vollem Umfang. Bis vor wenigen Tagen sah es nicht danach aus. Doch der Reihe nach.

Zum neunten Mal sollte das Kulturseminar des Deutschen Freidenkerverbandes, der Linke Liedersommer, im Naturfreundehaus Rahnenhof stattfinden. Das Haus im Pfälzerwald war über viele Jahre so etwas wie der angestammte Veranstaltungsort für das Seminar geworden. Doch mit dieser Tradition ist wohl erst einmal Schluss. Wie die Freidenker auf ihrer Website [schreiben](#), erhielten sie gerade einmal eine Woche vor Seminarbeginn eine Absage. Und ohne Tagungshaus stand das ganze Seminar auf der Kippe – nach zwei Jahren, in denen die bekannten "Corona-Maßnahmen" die Durchführung des Liedersommers verhindert hatten. Die Kündigung in diesem Jahr erfolgte offenbar, ohne dass vorab seitens der Naturfreunde das

Gespräch gesucht worden wäre.

"Antideutsches" Muster

Wie die Freidenker schreiben, sei der Absage jedoch eine regelrechte "Hetzkampagne" vorausgegangen, die ein Funktionär der Naturfreunde in Ludwigshafen entfacht hatte. Dieser habe etliche Künstler als "Rassisten", "Antisemiten", "Coronaleugner", "Querfrontler" und dergleichen mehr diffamiert. Diese Etikettierungen seien ganz im Stil vorgetragen worden, der aus der "Antideutschen"-Szene gut bekannt sei.

Als Beispiele nennen die Freidenker eine Reihe von Publizisten, Wissenschaftlern, Aktivisten oder Künstlern, die in den letzten Monaten und Jahren Opfer solcher Kampagnen wurden. Möglicherweise seien solche Verleumdungen auch "geheimdienstlich inspiriert", wie die Freidenker schreiben. Prominente Namen in diesem Zusammenhang sind etwa Dr. Werner Rügemer oder auch Lisa Fitz:

"Vermieter, Veranstalter werden mit Anrufen, Briefen, Mails bombardiert, um mit Rufmord Ausladungen und Absagen zu bewirken. Die damit verbundene bleibende Rufschädigung kann im Einzelfall auch bis zur Existenzvernichtung führen. Auf Neudeutsch auch 'Cancel Culture' genannt."

Verhinderung des Kulturseminars abgewendet

Alle Vor- und Anwürfe, die von den Naturfreunden ausgingen, habe man zurückgewiesen. Zwar hatte der Freidenkerverband versucht, eine Rücknahme der "Absage" zu erwirken, doch ohne Erfolg.

Um das "Hauptziel" der "'antideutschen' Kampagneros", die Verhinderung des Liedersommers, zu konterkarieren, habe man in kürzester Zeit eine Reihe von Alternativen durchspielen müssen. Nun findet das Kulturseminar allen Widrigkeiten zum Trotz doch statt – und die Freidenker hoffen, im hessischen Bad Orb auch noch "Kurzentschlossene" begrüßen zu können. Man bedauere, dass mit derlei Kampagnen zwei traditionsreiche Organisationen der Arbeiterbewegung offenkundig gegeneinander aufgebracht werden sollten, setze dem aber ein entschlossenes "Jetzt erst recht!" entgegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a4266048fbef07f01d303e.png>

8:32 de.rt.com: FDP drängt auf schnelle Marder-Lieferung an Ukraine

Die FDP drängt in der Regierungskoalition auf eine schnelle Lieferung deutscher Schützenpanzer an die Ukraine. Dem stellvertretenden Bundestagsfraktionschef Alexander Graf Lambsdorff zufolge sollte Berlin beim [Schützenpanzer Marder](#) den Ukrainern mehr Unterstützung zukommen lassen. Die Marder seien keine Kampfpanzer. Die Augsburger Allgemeine [zitiert](#) am Samstag den Politiker mit den Worten:

"Sie stehen auf dem Hof bereit, sie könnten aufbereitet und geliefert werden."

Bei der ebenfalls von der Ukraine gewünschten Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard zeigt sich Lambsdorff zurückhaltender.

"Beim Leopard schauen wir, was die Verbündeten machen. In der Ukraine gibt es weder französische noch britische, italienische oder amerikanische Kampfpanzer. Insofern gibt es auch keinen deutschen Leopard-Panzer."

Die Ukraine wünscht sich von Deutschland schwerere Waffen. Das deutsche Rüstungsunternehmen Rheinmetall hat die Lieferung von 88 gebrauchten und wiederaufzubereitenden Mardern angeboten. Die Bundesregierung hat nach bisherigem Stand aber noch nicht entschieden. Nach ihren Plänen sollen sie auch nur für einen Ringtausch mit NATO-Partnern eingesetzt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a436c3b480cc150b2aef52.jpg>

Ein Marder-Panzer bei Militärübungen bei Münster, 13. Oktober 2017

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 11.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

33 Mann;

7 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

Ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte legte die Waffen nieder und rettete so sein Leben.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinen Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 8 Geschosse mit Mörsern des Kalibers 120mm auf Perwomajsk abgefeuert.

Außerdem hat der Gegner **seit Beginn des heutigen Tages Perwomajsk weiter mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und 6 Mörsergeschosse abgefeuert.**

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So haben gestern Freiwillige der „Gesamtrussischen Volksfront“ gemeinsam mit Einheiten der Volksmiliz Drohnen geliefert, was es den Einheiten erlaubt, die Kampfaufgaben genauer und

sicherer durchzuführen.

9:06 de.rt.com: **Luftraumsperrung durch Russland kostet Finnland 1,5 Millionen Euro pro Monat**

Nach einem Bericht der Zeitung [Iltalehti](#) kommt der für die westlichen Airlines gesperrte Luftraum über Russland die finnische Luftfahrtbranche teuer zu stehen. Einerseits gibt es nun weniger Flüge über Finnland nach Asien, da zum Beispiel Flugzeuge aus Amsterdam und Kopenhagen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den Sanktionen gegen die russische Luftbranche andere Routen wählen. Dadurch kassiert Finnland weniger Flugnavigationsgebühren.

Andererseits müssen Flugzeuge der finnischen Fluggesellschaft Finnair auf dem Weg nach Asien einen großen Bogen um das Nachbarland schlagen. Die Flugzeiten haben sich teilweise um mehrere Stunden verlängert, da die Maschinen nun über den Kaukasus und den Nordpol fliegen müssen. Beispielsweise dauert jetzt ein Flug aus Helsinki nach Tokio 13 Stunden statt 9. Längere Flüge erfordern auch mehr Treibstoff.

Nach Angaben des Direktors für Flugnavigation beim staatlichen Unternehmen Fintraffic, Matts-Anders Nyberg, verliert das Land monatlich etwa 1,5 Millionen Euro allein an Navigationsgebühren.



https://pbs.twimg.com/card_img/1534777838313906177/bNxjvwAG?format=jpg&name=900x900

9:36 de.rt.com: **LVR: Bis zu 400 ukrainische Soldaten im Sewerodonezker Chemiewerk Asot verschanzt**

Der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, Rodion Miroshnik, hat auf Telegram mitgeteilt, dass im Chemiewerk Asot in der umkämpften Stadt Sewerodonezk bis zu 400 ukrainische Kämpfer blockiert worden seien. Sie konzentrierten sich vor dem ersten Kontrollpunkt des Chemiewerks.

"Dort könnten auch noch bis zu 500 Zivilisten sein, die sich vor Angriffen im Luftschutzraum des Betriebs versteckt haben. Auf dem Gelände gibt es mehr Zivilisten. Sie befinden sich aber in anderen Teilen des Betriebs."

Miroshnik zufolge versuchten die ukrainischen Kämpfer, Forderungen zu stellen. Sie forderten zum Beispiel, ihnen und ihren Geiseln ein sicheres Geleit in die Stadt Lissitschanks zu gewähren. Diese Forderung sei jedoch inakzeptabel und komme nicht infrage, sagte der Lugansker Diplomat. Derzeit führe man Verhandlungen, damit Zivilisten das Chemiewerk sicher verlassen könnten. Sollten die Kämpfer ihre Geiseln freilassen und die Waffen strecken, könnten sie mit einer adäquaten Behandlung im Einklang mit dem Völkerrecht

rechnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a43ca848fbef05dd7cf38a.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.6.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 530 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Artilleriesystemen des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm, Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“ sowie 120mm- und 60mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei **starben 5 Zivilisten und 21, einer davon ein Jugendlicher, geb. 2007, wurden verletzt.** 38

Wohnhäuser, 3 Fahrzeuge und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden ein ein Panzer, 2 Schützenpanzerwagen, 2 Feuerpositionen für 122mm-Artilleriehaubitzen D-30, 2 Lastwagen und 70 Mann vernichtet, 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka und Peski wurden unterdrückt. Ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija“ und 2 Schützenpanzer wurden erbeutet.

Außerdem haben in Richtung Gorlowka **9 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig die Waffen niedergelegt und damit ihr Leben gerettet.**

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos davon zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach dem Abschicken der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet.

10:33 de.rt.com: **Nach israelischem Luftangriff: Syrien setzt Flugverkehr am Flughafen von Damaskus aus**

Syrien hat am Freitag nach einem israelischen Luftangriff den Flugverkehr am internationalen

Flughafen der Hauptstadt Damaskus vorübergehend ausgesetzt. Das russische Außenministerium verurteilte am Freitagabend die israelischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur in Syrien aufs Schärfste.

Syrien hat am Freitag nach einem israelischen Luftangriff den Flugverkehr am internationalen Flughafen der Hauptstadt Damaskus vorübergehend ausgesetzt. Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet, sei der Flugbetrieb auch am frühen Morgen noch beeinträchtigt gewesen.

Durch den Angriff war eine Landebahn beschädigt worden.

Zuvor hatte die syrische Nachrichtenagentur Sana von einem israelischen Raketenangriff auf Ziele südlich von Damaskus berichtet. Dabei sei am Freitag mindestens ein Zivilist verletzt worden. Der Angriff auf einen Vorort von der syrischen Hauptstadt ging von den israelisch besetzten Golanhöhen aus. Die syrische Luftabwehr fing nach syrischen Angaben die meisten Raketen ab.

Ein israelischer Satellitennachrichtendienst veröffentlichte inzwischen Bilder, die erhebliche Schäden an den Start- und Landebahnen zeigen. ImageSat International (ISI) erklärte, die Raketeneinschläge hätten den Betrieb auf beiden Start- und Landebahnen des Flughafens "vollständig lahmgelegt". Jede Landebahn schien dreimal getroffen worden zu sein.

Das russische Außenministerium verurteilte am Freitagabend die "böswertige Aktion" Israels aufs Schärfste und bezeichnete die israelische Aggression gegen Syrien als "Provokation", die gegen "die grundlegenden Normen des Völkerrechts" verstoße. Auch Iran [verurteilte](#) den israelischen Angriff auf Syrien und bekräftigte seine unerschütterliche Unterstützung für das arabische Land.

Die israelischen Angriffe auf Syrien seien nach Angaben der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des mutmaßlichen "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden. Dabei wendete Israel bislang nach eigener Darstellung eine Taktik an, mit der es gelang, eine direkte Konfrontation mit russischen Streitkräften auf syrischem Boden zu vermeiden.

Israels Beziehungen zu Russland hätten sich durch den Ukraine-Konflikt jedoch massiv verschlechtert, da die Regierung in Tel Aviv die Ukraine zunehmend unterstützt und gleichzeitig versucht, Israels "Bewegungsfreiheit" in Syrien aufrechtzuerhalten. Die deutlichen Kommentare vonseiten Russlands über den israelischen Angriff hätten der [Times of Israel](#) zufolge die derzeitigen Spannungen abermals unterstrichen. Trotz der Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau setzt Israel seine Operationen im syrischen Luftraum, der überwiegend von Russland kontrolliert wird, weiter fort.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a43c7db480cc0b9a07c339.jpg>

10:34 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk: Fünf Tote und 21 Verletzte durch Angriffe aus**

Ukraine binnen 24 Stunden

Die Behörden in Donezk haben in den vergangenen 24 Stunden 60 Angriffe der ukrainischen Armee registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 522 Geschosse abgefeuert. Dadurch kamen fünf Zivilisten ums Leben, 21 friedliche Einwohner, darunter ein Jugendlicher, erlitten Verletzungen.

Durch die ukrainischen Angriffe wurden 38 Häuser und acht zivile Infrastruktur-Objekte in drei Bezirken von Donezk, Alexandrowka und Gorlowka beschädigt. Nach Angaben der Volksrepublik Donezk hatten die ukrainischen Kräfte seit dem 24. Februar allein die Stadt Gorlowka mehr als 3.700-mal unter Beschuss genommen. 24 Stadteinwohner kamen ums Leben, weitere 132 wurden verletzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a445d848fbef05dd7cf391.jpg>

Auf dem Bild: Die 12-jährige Mascha steht am 6. Juni vor dem Fenster ihres Zimmers, nachdem in ihr Haus in Donezk ein Geschoss eingeschlagen hat.

11:02 de.rt.com: Russlands Verteidigungsministerium meldet Abschuss von drei ukrainischen Kampfflugzeugen

Auf seinem Briefing am Samstagvormittag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, über weitere Hochpräzisionsangriffe der russischen Armee auf militärische Ziele in der Ukraine berichtet. In der Nähe der Ortschaft Andrejewka im Gebiet Charkow sei ein Stationierungsort ausländischer Söldner getroffen worden. Mit hochpräzisen Raketen seien in den vergangenen 24 Stunden auch neun Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte, fünf Feuerstellungen mit Mehrfachraketenwerfern und ein Buk-M1-Raketenabwehrkomplex angegriffen worden.

Konaschenkow sagte ferner, die russische Luftwaffe habe im selben Zeitraum 48 Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Armee getroffen. Dabei seien mehr als 170 Nationalisten getötet worden. Zerstört worden seien fünf Panzer, sechs Artilleriegeschütze, acht Militärfahrzeuge und ein Munitionslager in der Ortschaft Krasnopolje.

Die russische Flugabwehr habe in der Nähe der Ortschaft Snegirjowka im Gebiet Nikolajew zwei MiG-29-Kampfflugzeuge abgeschossen. Außerdem habe die Ukraine in der Nähe der Ortschaft Alexandrowka im Gebiet Charkow ein Su-25-Kampfflugzeug verloren. Insgesamt seien im Luftraum des Gebiets Charkow sowie der Volksrepublik Lugansk zwölf Drohnen

abgeschossen worden. Im Gebiet Charkow seien zudem drei ukrainische Geschosse des Typs Uragan abgefangen worden, fügte der Behördensprecher hinzu.

Konaschenkow erklärte, dass bei zahlreichen Artillerieangriffen mindestens 300 ukrainische Nationalisten getötet worden seien. Außer Gefecht gebracht wurden weiterhin elf Panzerfahrzeuge, zwei Mehrfachraketenwerfer des Typs Grad, zehn Artilleriegeschütze und neun Militärfahrzeuge. Man habe auch neun Feldlager mit Raketen, Munition und Treibstoff zerstört.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 198 Flugzeuge, 130 Hubschrauber, 1.180 Drohnen, 337 Flugabwehrraketensysteme, 3.503 Panzer und Panzerfahrzeuge, 506 Mehrfachraketenwerfer und 1.859 Artilleriegeschütze sowie Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a455a248fbef07c42fe974.jpg>

Ein abgeschossenes ukrainisches MiG-29-Kampfflugzeug in der Nähe von Slawjansk, 6. Juni 2022

12:20 (11:20) novorosinform.org: **Die Volksrepublik Lugansk verhandelt mit mehreren Ländern über die Anerkennung – Pasetschnik**

Eine Reihe von Ländern sei bereits bereit, die Unabhängigkeit der Volksrepublik Lugansk anzuerkennen. Dies sagte der Staatschef der LVR Leonid Pasetschnik.

Ihm zufolge verhandeln die Behörden der Republik mit vielen Ländern über die Anerkennung, unter denen es bereits solche gebe, die bereit sind, die LVR anzuerkennen.

"Verhandlungen sind im Gange, aber lassen Sie es vorerst geheim bleiben. Ja, es gibt solche Länder", sagte der Oberhaupt der LVR.

Zuvor hatte der LVR-Botschafter in Russland, Rodion Miroschnik, erklärt, dass Lugansk mit Syrien, Venezuela und anderen Ländern über die Anerkennung verhandele.



https://novorosinform.org/content/images/64/83/46483_720x405.jpg

11:33 de.rt.com: **EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zu Gesprächen über EU-Beitrittsantrag in Kiew**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist am Samstag zu Gesprächen über den EU-Beitrittsantrag der Ukraine in Kiew eingetroffen. Die europäische Spitzenpolitikerin will mit Präsident Wladimir Selenskij und Ministerpräsident Denis Schmygal unter anderem noch offene Punkte des Aufnahmegesuchs erörtern. Zudem soll es um die langfristige Hilfe der EU bei der Beseitigung der Kriegsschäden gehen.

Die EU-Kommission wird voraussichtlich am kommenden Freitag ihre Einschätzung dazu veröffentlichen, ob der Ukraine der Status als Kandidat für einen EU-Beitritt gewährt werden sollte.

Von der Leyens Reise nach Kiew ist bereits ihre zweite seit dem Kriegsausbruch am 24. Februar. Aus Sicherheitsgründen wurde sie im Vorfeld nicht öffentlich angekündigt. Im April hatte die EU-Kommissionspräsidentin unter anderem den Kiewer Vorort Butscha besucht, in dem nach dem Rückzug der russischen Truppen mehrere Leichen entdeckt worden waren. Sie überreichte damals Selenskyj den Fragenkatalog, der für die Bewertung der ukrainischen EU-Ambitionen maßgeblich ist.



<https://pbs.twimg.com/media/FU9VWwWWYAAwIra?format=jpg&name=small>

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **Ostbeauftragter Schneider gegen Ausnahmen beim Embargo für russisches Erdöl**

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, hat Sonderregeln für die ostdeutschen Raffinerien Schwedt und Leuna bei der Umsetzung des Erdöl-Embargos eine Absage erteilt. Der Süddeutschen Zeitung [sagte](#) der SPD-Politiker:

"Wir haben eine gesamtstaatliche Verantwortung, da kann ich nicht sagen, nur weil ich hier im Osten bin, machen wir nicht mit."

Der Beschluss der Bundesregierung, aus dem russischen Erdöl auszusteigen, ziehe eine politische Verantwortung des Bundes für die Transformation nach sich, so Schneider. Zwar müsse der Prozess "rechtsstaatlich sauber" sein, "aber auch die Schwedter mitnehmen und den Beschäftigten klare, umsetzbare Perspektiven geben".

Die beiden großen Raffinerien in Sachsen-Anhalt und Brandenburg verarbeiten bisher russisches Erdöl aus der Pipeline Druschba. Obwohl sich die EU-Staaten kürzlich darauf geeinigt haben, dass künftig zwar kein Tankeröl mehr, aber weiterhin Rohöl über die Pipelines in die EU eingeführt werden darf, plant die Bundesregierung angesichts des Ukraine-Kriegs ab dem kommenden Jahr einen umfassenden Importstopp für russisches Erdöl. In den betroffenen Bundesländern gibt es Sorge um Versorgungsengpässe, steigende Preise und Auswirkungen für die Beschäftigten in den Raffinerien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a44e45b480cc150b2aef5a.jpg>

Raffinerie des Mineralölunternehmens Total in Leuna, Sachsen-Anhalt, 16. Mai 2022

12:38 de.rt.com: **Erste russische Pässe an Einwohner von Cherson und Melitopol ausgehändigt**

In den ukrainischen Städten Melitopol und Cherson, die derzeit von der russischen Armee kontrolliert werden, sind den Bürgern die ersten russischen Pässe ausgehändigt worden. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf Wladimir Rogow, Mitglied der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, und den Chef der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo.

Einer früheren Erklärung Rogows zufolge hätten bis zum 6. Juni mehr als 70.000 Einwohner des Gebiets die russische Staatsbürgerschaft beantragt. Bisher habe nur eine Stelle in Melitopol geöffnet, bei der man den russischen Pass beantragen könne. In Kürze sollen jedoch weitere hinzukommen.

In Cherson haben 25 Einwohner, unter ihnen Saldo selbst, bei einer feierlichen Zeremonie am Samstagmorgen den russischen Pass erhalten. Dem Verwaltungsleiter zufolge sei dies für ihn das schönste Geschenk im Vorfeld des Tags Russlands, der jeweils am 12. Juni begangen wird.

Nach Statistiken des russischen Innenministeriums, die der Agentur TASS vorliegen, haben bereits mehr als 800.000 Menschen aus dem Donbass den russischen Pass, nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin am 24. April 2019 den Einwohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk per Erlass ermöglicht hatte, die russische Staatsbürgerschaft auf vereinfachtem Weg zu beantragen. Seit dem 25. Mai 2022 gilt eine ähnliche Regelung für die Einwohner der ukrainischen Gebiete Saporoschje und Cherson.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a46da7b480cc15021c4b3c.jpg>

Feierliche Aushändigung der russischen Pässe in Melitopol, 11. Juni 2022

14:15 (13:15) novorosinform.org: **Am 22. Juni wird Deutschland der Ukraine Haubitzen für den Krieg gegen die Russen liefern**

Die Ukraine erwartet, am Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges, dem 22. Juni, die erste Ladung Haubitzen aus Deutschland zu erhalten. Dies sagte der Botschafter der Ukraine in der BRD Alexej Melnyk.

Ihm zufolge verspricht Deutschland, bis Ende Juni sieben selbstfahrende Haubitzen nach Kiew zu bringen.

„Wir werden diese Systeme um den 22. Juni erhalten“, sagte Melnyk.

Der ukrainische Botschafter fügte hinzu, dass Deutschland der ukrainischen Armee bis Ende des Sommers 30 selbstfahrende Flugabwehrsysteme „Gepard“ liefern werde, berichtet [FAN](#).



https://static.riafan.ru/upload/images/2022/6/11/781150_full.webp

13:43 de.rt.com: **Kiew nach Bidens Äußerung über US-Warnungen vor Russlands Angriff verstimmt**

Die politische Führung in Kiew hat verstimmt auf eine Äußerung von US-Präsident Joe Biden reagiert, wonach der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij vor Kriegsbeginn die von Russland ausgehende Gefahr nicht ernst genug genommen haben soll. Bei einer Fundraising-Veranstaltung am Freitagabend in Los Angeles hatte Biden gesagt, es habe bereits vor dem 24.

Februar Beweise dafür gegeben, dass Kremlchef Wladimir Putin die ukrainische Grenze überschreiten wolle. Dann fügte der US-Präsident hinzu:

"Es gab keinen Zweifel. Und Selenskij wollte es nicht hören – wie auch viele andere."

Am Samstag sagte der ukrainische Präsidentensprecher Sergei Nikiforow, die Phrase "wollte nicht hören" bedürfe sicherlich einer Erläuterung. Selenskij habe die internationalen Partner immer wieder dazu aufgerufen, präventiv Sanktionen zu verhängen, um Russland zu einem Abzug der damals bereits in der Grenzregion zur Ukraine stationierten Truppen zu bewegen, sagte Nikiforow der Onlinezeitung Liga.net:

"Und hier kann man schon sagen, dass unsere Partner 'uns nicht hören wollten'."

13:49 de.rt.com: **Russische Zentralbank-Chefin: Auswirkung der westlichen Sanktionen nicht so gravierend wie erwartet**

Die russische Zentralbank-Chefin Nabiullina hat erklärt, dass die Folgen der westlichen Sanktionen zwar nicht so stark ausfallen würden wie erwartet. Allerdings gehe man davon aus, dass die Sanktionen noch nicht gänzlich zur Wirkung gekommen sind.

Auch wenn die Auswirkungen der westlichen Sanktionen gegen Russland nicht so stark seien wie erwartet, stehe deren volle Entfaltung vielleicht erst noch bevor. Das erklärte die Präsidentin der russischen Zentralbank Elwira Nabiullina auf einer Pressekonferenz am Freitag, wie die Nachrichtenagentur TASS berichtete. Sie sagte:

"Ja, wir können feststellen, dass unsere Exporte nicht so stark zurückgegangen sind, wie wir ursprünglich erwartet hatten. Und ja, die Auswirkungen der Sanktionen sind wahrscheinlich nicht so gravierend, wie wir befürchtet hatten. Dies zeigt auch die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen. Aber es ist noch zu früh, um zu sagen, dass die Sanktionen ihre volle Wirkung entfaltet haben."

Die Zentralbank-Chefin wies auch darauf hin, dass es verfrüht sei, um Schlussfolgerungen in Bezug auf die strukturelle Anpassung der Wirtschaft zu ziehen. "Die Ungewissheit, die Entwicklung der Situation, die strukturelle Anpassung der Wirtschaft, ihre Fähigkeit zur Umstrukturierung – all das ist ein andauernder Prozess, sodass es verfrüht ist, hier irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen", betonte sie.

Eine der Gefahren der gegenwärtigen Situation, so Nabiullina, sei die Wahrscheinlichkeit von Sekundärsanktionen, die die Lage ernsthaft verschlechtern könnten. Auch die Tätigkeit von Unternehmen im Außenhandel gestalte sich angesichts der Sanktionen gegen Russland hindernisreich. "Die meisten Unternehmen, die in der Außenwirtschaft tätig sind, haben heute Probleme: Es ist schwierig, mit neuen Lieferanten in Kontakt zu treten, Zahlungen zu leisten, neue Märkte zu finden und Waren auf neuen Wegen zu liefern", sagte Nabiullina. Die Lösung dieser Probleme werde viel Zeit in Anspruch nehmen, fügte die Zentralbank-Chefin hinzu.

Was die Lage auf dem Binnenmarkt betrifft, sehe die Zentralbank keine ernsthaften Stagflationsrisiken und beziehe sie daher nicht in die Basisprognose ein, schrieb TASS. Wie die Leiterin der Zentralbank mitteilte, sei die Preissteigerungsrate in Russland rückläufig. Es sei aber noch zu früh, um von einer nachhaltigen Verlangsamung der Inflation zu sprechen, sie liege immer noch über dem Zielwert von 4 Prozent, schlussfolgerte Nabiullina.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a45e5db480cc0b9a07c351.jpg>

Die Präsidentin der russischen Zentralbank Elwira Nabiullina auf einer Pressekonferenz. 10. Juni 2022, Moskau

14:06 de.rt.com: **US-Raumfahrtfirma zahlt für ISS-Flug eines NASA-Astronauten in Rubel**

Der Chef der russischen Weltraumorganisation Roskosmos, Dmitri Rogosin, hat bestätigt, dass Russland das Geld für den ISS-Flug des NASA-Astronauten Mark Thomas Vande Hei erhalten habe. In einem Interview mit dem Fernsehsender Rossija 24 sagte Rogosin:

"Wir erhielten das Geld im vollen Umfang, aber nicht von der NASA, sondern von dem Unternehmen Axiom, das als Vermittler bei der Organisation der Mission fungierte."

Rogosin bejahte auf Nachfrage, dass die Bezahlung in Rubel erfolgt sei. Beide Seiten hätten sich darauf verständigt, dass Russland nur Zahlungen in Rubel akzeptiere. Dabei sei es zu einem einmonatigen Verzug gekommen.

Zuvor hatte der Roskosmos-Chef erklärt, dass es sich um zwei Milliarden Rubel (etwa 16,5 Millionen Euro) gehandelt habe.

Vande Hei war zusammen mit den russischen Kosmonauten Oleg Nowizki und Pjotr Dubrow am 9. April 2021 mit dem russischen Raumschiff Sojus MS-18 auf der Internationalen Raumstation (ISS) angekommen. US-Medien teilten im März 2022 mit, dass die Rückkehr des US-Astronauten durch die US-Sanktionen gegen die russische Raumfahrtbranche erschwert werden könnte. Roskosmos versicherte aber, dass Vande Hei sicher zurückkehren werde.

Am 30. März landete er zusammen mit den russischen Kosmonauten Pjotr Dubrow und Anton Schkaplerow erfolgreich in Kasachstan.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a47bbc48fbef07be389059.jpg>
g

NASA-Astronaut Mark Thomas Vande Hei nach der Landung in Kasachstan am 30. März 2022

14:34 de.rt.com: **Polen kritisiert Deutschland wegen mangelnden Engagements beim Panzer-Ringtausch**

Polen hat der Bundesregierung mangelndes Engagement bei der versprochenen Lieferung von Panzern vorgeworfen. Der Chef des Nationalen Sicherheitsbüros beim Präsidenten, Paweł Soloch, [sagte](#) am Samstag gegenüber dem Radiosender Rmf.fm:

"Die Gespräche sind in Stocken geraten. Man sieht keinen guten Willen. Hoffen wir, dass sich das ändert."

Die Verteidigungsministerien seien darüber miteinander im Kontakt, teilte Soloch mit. Die polnische Seite habe Berlin um die Lieferung von Panzern gebeten, mit denen die Panzer ersetzt werden sollen, die Polen an die Ukraine abgegeben habe.

"Die deutsche Militärhilfe – sei es für die Ukraine, sei es zur Unterstützung anderer Länder, die diese Hilfe leisten – bleibt hinter den Erwartungen zurück."

Polen unterstützt sein Nachbarland mit Panzern des sowjetischen Typs T-72. Warschau hat bereits deutlich gemacht, dass es dafür einen Ausgleich von seinen NATO-Partnern erwartet, auch von Deutschland. Ein großer Teil des Panzerarsenals bei den polnischen Streitkräften besteht aus deutschen Panzern vom Typ Leopard.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a483a848fbef07be389067.jpg>

Ein polnischer Leopard-Panzer bei der Übung DEFENDER-Europe 22 im polnischen Nowogrod am 19. Mai 2022

17:42 (16:42) **novorosinform.org: Selenskijs Büro fordert Polen auf, Truppen zu entsenden – Insider**

Aufgrund der schwierigen Lage ukrainischer Militanter im Donbass habe das Büro des Präsidenten der Ukraine die Verhandlungen mit Warschau über die Entsendung einer 20.000 Mann starken Gruppierung polnischer Truppen in die westlichen Regionen des Landes wieder aufgenommen. Dies berichtet der Telegram-Kanal „Resident“ unter Berufung auf eine Quelle. „Unsere Quelle im Präsidentialamt sagte, dass das Präsidentialamt die Verhandlungen mit Warschau über den Eintritt einer 20.000-köpfigen polnischen Gruppe in die Westukraine wieder aufgenommen hat“, heißt es in dem Bericht.

Der Gesprächspartner des Kanals stellte fest, dass das Kommando der Streitkräfte der Ukraine nach dem Einmarsch der Polen in der Lage sein würde, Reserveeinheiten der Streitkräfte der Ukraine, die sich jetzt in der Nähe der Grenze zu Weißrussland befinden, an die Ostfront zu verlegen .



https://novorosinform.org/content/images/64/95/46495_720x405.jpg

17:08 de.rt.com: **Präsident Vučić an Kanzler Scholz: "Serbien wird sich dem Sanktionsdruck nicht beugen"**

Anlässlich seiner Reise auf den Westbalkan äußerte sich Bundeskanzler Olaf Scholz zu den EU-Beitrittskandidaten und den Anforderungen für deren Beitritt. Insbesondere forderte er

von Serbiens Präsident Aleksandar Vučić die Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland. Im Rahmen seiner zweitägigen Balkanreise traf Bundeskanzler Olaf Scholz am Freitag die Regierungschefs Serbiens und des Kosovo. Diesen und vier weiteren Ländern stellt die EU schon seit 19 Jahren eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht. Nach dem Gespräch mit dem kosovarischen Premierminister Albin Kurti bekräftigte der Bundeskanzler die Perspektive auf einen EU-Beitritt. Es sei wichtig, "ein neues Zeichen der Hoffnung und Zuversicht zu setzen, dass dieser Beitrittsprozess mit großem Ernst gewollt ist", so Scholz.

Der Annäherungsprozess der sechs EU-Beitrittskandidaten stockt schon seit Jahren. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur dpa machte sich in der EU diesbezüglich "angeführt von Frankreich, Dänemark und den Niederlanden eine Erweiterungsmüdigkeit" breit. Aus diesem Grund müsse die EU nun ein Zeichen setzen, um den ernsthaften Willen für den Beitritt der sechs Anwärterländer zum Ausdruck zu bringen, so Scholz. Außerdem sei man es deshalb den bereits so lange wartenden Westbalkanstaaten schuldig, dass es aktuell keine Abkürzung für den EU-Beitritt der Ukraine geben könne.

Schließlich äußerte sich der Bundeskanzler auch grundsätzlich zur Russlandpolitik des Westens:

"Die Voraussetzung dafür, dass die Situation sich bessert, ist, dass Russland akzeptiert, dass es keinen Diktatfrieden gegen die Ukraine durchsetzen kann."

Im Gespräch mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, der den Bundeskanzler bei seiner Ankunft persönlich vom Auto abgeholt hatte, betonte Scholz, dass im Vorfeld der EU-Beitritte zunächst weitere Reformen in den Westbalkanstaaten notwendig wären. Insbesondere habe er dabei das "Sicherstellen von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit sowie den Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität" genannt. Im Weiteren forderte der Bundeskanzler einen Kurswechsel in der serbischen Russlandpolitik:

"Unsere Erwartung ist es, dass die Sanktionen auch von jenen Ländern, die sich im EU-Beitrittsprozess bewegen, umgesetzt werden."

Allerdings lehnte der serbische Präsident die Umsetzung der Russland-Sanktionen ab. Serbiens Lage bei der Energieversorgung sei dafür zu kompliziert. Und man sei diesbezüglich überrascht worden:

"Und was hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennung gesagt wird, ist für uns auch überraschend. (...) Also wird es an uns liegen herauszufinden, wie wir in der kommenden Zeit damit umgehen werden."

Insgesamt steigt zwar der Druck auf Serbien immer mehr, sich der gemeinsamen EU-Sanktionspolitik gegen Russland anzuschließen. So wurden dem russischen Außenminister Sergei Lawrow Anfang der Woche von den Nachbarländern Serbiens sogar die Überflugrechte verweigert. Infolgedessen musste sein für Anfang der Woche geplanter Besuch beim serbischen Ministerpräsidenten in Belgrad abgesagt werden. Doch Serbien beugt sich nicht ohne Weiteres dem Sanktionsdiktat der EU:

"Wir reagieren nicht auf diese Art von Druck, bei dem uns jemand droht, und dann muss man reagieren. Wo liegt der Unterschied, ob jemand Serbien angreift, ohne dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Beschluss gefasst hat, oder ob jemand eine Aggression gegen die Ukraine unternimmt, ohne dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Beschluss gefasst hat? Bitte erklären Sie mir einfach den Unterschied", fragte der serbische Präsident den Bundeskanzler in Anspielung auf den völkerrechtswidrigen NATO-Angriff auf Serbien im Jahr 1999.

Wie Politico [berichtete](#), sei dieser hitzige Austausch der beiden Staatschefs insofern bemerkenswert, als Scholz hinsichtlich ihrer EU-Anwärterschaft als Verbündeter der westlichen Balkanstaaten gesehen wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a4830748bfef4ce102fb34.jpg>
Auf Augenhöhe? Olaf Scholz trifft Aleksandar Vučić in Belgrad

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 11. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiterhin vorrangige **Maßnahmen zur Wiederherstellung des sozialen und humanitären Bereichs** durch.

In 32 befreiten Siedlungen wurden Renten und Sozialleistungen gezahlt.

Kommunikationsfachleute haben in Sary Krim eine Mobilfunkbasisstation in Betrieb genommen. Die **Stromversorgung der Kommunikationseinrichtungen in Mariupol wurde wiederhergestellt**. In Wolodarsk und Wolnowacha hat die Installation von Internetnetzwerken begonnen.

2.842 Personen beantragten die Aufnahme in Gesundheitseinrichtungen. Eine mobile Apotheke wurde Mariupol auf die linke Uferseite gebracht.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR haben mit der Planung der Verbindungsstraße auf dem Abschnitt Wolnowacha-Telmanowo begonnen. Auf dem 51. Kilometer der Straße Kremenewka - Jalta wurden Ingenieurarbeiten zur Verlegung der Wasserleitung durchgeführt. Am Bahnhof Wolnowacha wurde ein Kontaktnetz mit einer Länge von 1270 Metern auf Maß gebracht, weitere 120 Meter Gleise wurden begradigt. Auf der Strecke Sartana-Mariupol wurden 705 Meter Gleis repariert. ...

Pioniere untersuchten mehr als 19 Hektar Territorium, 12.500 Quadratmeter Gelände und neutralisierten 920 explosive Objekte.

In Mariupol und im Bezirk Wolodarski haben Mitarbeiter des Ministeriums für Notsituationen der DVR 5.755 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Bezirksverwaltungen nehmen weiterhin Stellungnahmen zu den bestehenden Problemen und Sorgen der Bevölkerung in den befreiten Siedlungen entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR kontrollieren das Passregime und sorgen für den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Siedlungen. Liebe Einwohner der Volksrepublik Donezk!

Im Zusammenhang mit der starken Verschärfung der militärischen Situation, dem verstärkten Beschuss von Siedlungen in der Volksrepublik Donezk, wurde zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bürger der Betrieb eines öffentlichen Warnsystems unter Einbeziehung elektrischer Sirenen organisiert Hoheitsgebiet der DVR.

Wenn Sie die Sirene einschalten, müssen Sie in den Unterstand gehen oder einen sicheren Ort finden.

Seien Sie vorsichtig! Setzen Sie nicht Ihr Leben aufs Spiel!

Bei Erhalt von Hinweisen auf verdächtige Personen und mögliche rechtswidrige Handlungen wenden Sie sich bitte umgehend an die Telefonnummern des Ministerium für Staatssicherheit der DVR

17:30 de.rt.com: **Ukrainische Aufklärung: Russland hat Plan für 120 Tage Krieg**

Die Hauptabteilung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums hat am Sonnabend neue Einschätzungen zu den mutmaßlichen Kriegsplänen Russlands [veröffentlicht](#).

In ihrer Lageeinschätzung geht die ukrainische Aufklärung nunmehr davon aus, dass Russland immer noch über genug Potenzial verfügt, um einen langfristigen Krieg in der gesamten Ukraine zu führen. Die Einnahme der gesamten Ukraine sei als Kriegsziel keineswegs ad acta gelegt. Derzeit sind 103 russische Bataillone und taktische Gruppen an Kampfhandlungen im Osten des Landes beteiligt. Weitere etwa 40 Bataillone und taktische Gruppen sind in Reserve und könnten zum gegebenen Zeitpunkt gegen die ukrainischen Streitkräfte eingesetzt werden. Der stellvertretende Leiter des militärischen Nachrichtendienstes schrieb weiter, der Dienst habe bestätigte Informationen, dass die russische Seite einen Plan für 120 Tage Krieg hat. Die Anpassung dieses Plans wird davon abhängen, ob Russland in der Ostukraine erfolgreich ist oder unterliegt.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/cX3JXBJWpyg9UGtQFsrI6nO2kffiqUg_rdgHsklKRFWkBuyNJKplzNLQ3Fs6JoSo7xl9UC3ATq-odkIeccJP62d_J84ANbo7ipKrKszX1P4gJw4EgyIlyfiK4Bv7weYsIhMcjee6NIGuL--kOasaWt2UhsbgC6ztZhzvEpyrgFXcl-y7OWDqSXXe21r-ZUNq_IO_t0mi0t0qeoNjaSGDHCbgZ5Va5mB6KZou78cn-zwxP-Tknb1R67BR_xn1lkgv8lsrwn2ugz7ZGxs-t_T2N1AKYCikosN555a8nAK5pKuXZCC5DEBhC14IULj8OOhIKeBKCJcQt1RcZUtOCvVFQw.jpg

abends:

18:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet Zerstörung von Stützpunkt ausländischer Söldner in der Region Charkow**

Russlands Hochpräzisionsraketen haben einen Stützpunkt ausländischer Söldner in der Region Charkow zerstört, gab der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, am Samstag bekannt.

"Hochpräzise Luftabwehrraketen haben einen Stützpunkt ausländischer Söldner in der Nähe

der Siedlung Awdejewka in der Region Charkow zerstört", erklärte Konaschenkow. Zu den weiteren Zielen gehörten laut Konaschenkow neun Gebiete, in denen ukrainische Truppen und militärische Ausrüstung stationiert waren, sowie fünf Feuerstellungen von mit Mehrfachraketenwerfern ausgerüsteten Einheiten bei Malorjazantsewo, Voltschejarowka, Podgornoje und Lissitschansk in der Lugansker Volksrepublik. "Darüber hinaus wurde ein Buk-M1-Raketensystem in der Nähe der Siedlung Minkowka in der Volksrepublik Donezk zerstört", so der Sprecher des Verteidigungsministeriums.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a4955148fbef07c42fe9a1.jpg>

19:02 (18:02) novorosinform.org: **Deutschland wird Kiew mit den neuesten Luftverteidigungssystemen IRIS-T beliefern - Botschafter der Ukraine in Deutschland**
Deutschland plant, Kiew im Herbst 2022 mit den neuesten IRIS-T-Luftverteidigungssystemen zu beliefern, sagte der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnik. Ihm zufolge werde die Produktion von Systemen für die Ukraine bis Ende des Sommers abgeschlossen sein, danach würden die Deutschen mit der Ausbildung ukrainischer Kämpfer beginnen. Das erste Luftverteidigungssystem IRIS-T in der Ukraine werde im Oktober erwartet. Es werde erwartet, dass (damit) der Luftraum über Kiew geschlossen wird. „Das IRIS-T-System ist das einzige, wofür ich in den letzten Monaten sowohl dem Kanzler als auch der Regierung gedankt habe. Dieses System ist das coolste der Welt. Es kann mit dem amerikanischen Patriot verglichen werden“, sagte Melnik in einem Interview mit HB.



https://novorosinform.org/content/images/64/98/46498_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Situation um 19.00 Uhr am 11.06.2022

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Feind mehr als 180 Granaten aus Grad-Mehrfachraketenwerfern, 155-, 122-mm-Kanonenartillerie sowie 120- und 82-mm-Mörsern **abgefeuert.**

Das Feuer wurde auf **8 Ortschaften** der Republik eröffnet. Infolge des Beschusses **wurden 4 Zivilisten verletzt.** 16 Wohngebäude und 3 zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an der Infrastruktur werden noch erfasst.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Zerstörung ziviler Objekte werden der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Einbeziehung in Strafverfahren übermittelt, die gegen das Kommando der Streitkräfte der Ukraine eingeleitet wurden.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Aktionen des Militärs der Volksrepublik Donezk und der Streitkräfte der Russischen Föderation die folgenden feindlichen Waffen und militärische Ausrüstung zerstört: zwei T-60-Panzer, eine Selbstfahrlafette 2S3 „Akazijia“, zwei Lastwagen und mehr als sechzig Kämpfer. Mehr als 5 feindliche Feuerstellungen wurden unterdrückt.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass am vergangenen Tag im Kampf um die Unabhängigkeit zwei Verteidiger der Volksrepublik Donezk im Militärdienst starben und vier verletzt wurden.

Wir sprechen den Familien und Freunden der Opfer unser aufrichtiges Beileid aus.

18:35 de.rt.com: **Lugansker Vertreter: Gespräche zur Evakuierung von Zivilisten aus Asot-Werk laufen**

Der Botschafter der Lugansker Volksrepublik (LVR) in Russland, Rodion Miroshnik, erklärte am Samstag auf Telegram, dass mit den ukrainischen Kämpfern, die sich in der Chemiefabrik Asot in der Stadt Sewerodonezk verschanzt haben, Kontakt aufgenommen worden sei. Es würden bereits Gespräche über einen sicheren Abzug der Zivilisten aus der Anlage geführt. Er schrieb:

"Der Kontakt mit den Kämpfern ist hergestellt, Gespräche über den sicheren Abzug der Zivilisten aus der Anlage sind im Gange. Den ukrainischen Streitkräften wird garantiert, dass ihr Leben verschont wird und sie nach den einschlägigen internationalen Gesetzen menschenwürdig behandelt werden, wenn sie die Geiseln freilassen, ihre Waffen niederlegen und sich bedingungslos ergeben."

Nach Angaben des Gesandten könnten sich noch bis zu 500 Zivilisten in den Bunkern der Anlage versteckt halten. Miroshnik fügte hinzu, dass sich in der Anlage bis zu 400 Kämpfer befänden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a49adc48fbef4ce102fb50.jpg>

19:30 de.rt.com: **Russischer Geheimdienstchef kritisiert westliche Versuche, Russland zu "canceln"**

Der Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes, Sergej Naryschkin, hat am Samstag bei der Eröffnungsfeier einer Ausstellung über die Errungenschaften Russlands erklärt, dass die Versuche westlicher Regierungen, Russland zu "canceln", nur deren zwanghafte Vorstellung entlarven, dass sich die Welt nur um sie dreht.

"Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Versuche der liberal-totalitären Regime des Westens, Russland zu canceln, nur ihren obsessiven Glauben offenbaren, dass sich die Welt um sie dreht und ihren Wünschen und Befehlen gehorcht. Das ist jedoch nicht wirklich der Fall, wie die tausendjährige Geschichte Russlands beweist. Russland bewahrt die Traditionen von Alexander Newski, Dmitri Donskoi, Peter I., Katharina der Großen, Pjotr Stolypin, Georgi Schukow, Juri Gagarin und vielen anderen großen Söhnen und Töchtern unseres Landes."

Der Beitrag Russlands zur Entwicklung der Menschheit könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dazu gehören laut dem Geheimdienstchef, der zugleich Vorsitzender der Russischen Historischen Gesellschaft ist, die Geschichte der Kultur und der Wissenschaft, die Erforschung der Weiten Sibiriens, des Fernen Ostens und der Arktis, die großen geographischen Entdeckungen, die Erforschung des Weltraums und schließlich der Sieg über Nazi-Deutschland und die Befreiung Europas und der ganzen Welt vom Nazismus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a497a348fbef07f01d3093.jpg>